

„Energiepolitischer Irrläufer“ oder begnadeter Wahlkämpfer?

Die politischen und planerischen Konsequenzen des geforderten Netzausbau-Moratoriums der bayerischen Staatsregierung

Stephan Zitzler

Große Infrastrukturvorhaben und Wahlkämpfe stehen in Deutschland in einem ganz besonderen Verhältnis zueinander. Die Energiewende bringt es mit sich, dass es viele große Vorhaben bedarf, um die Herkulesaufgabe der Transformation des deutschen Energiesystems zu bewerkstelligen. Dies gilt insbesondere für den Stromnetzausbau, der die Voraussetzung ist, Erzeugungsengpässe überwinden zu können. Dafür wird der Strom vom Norden in den Süden transportiert. Der Bau der Stromtrassen ist jedoch mit nicht unerheblichen Eingriffen in das Landschaftsbild und somit auch in das Leben der Anwohner verbunden. Das politische Sprichwort „irgendwo ist immer eine Wahl“ verkompliziert jedoch den Planungs- und Bauprozess der dringend benötigten Trassen.

Noch bevor die heiße Wahlkampfphase im bayerischen Kommunalwahlkampf 2014 begonnen hatte, ließ Horst Seehofer (CSU), Bayerns Ministerpräsident, eine politische Bombe platzen. Er forderte am 4. Februar 2014 ein Moratorium des Netzausbaus. Bayern brauche keine Stromautobahnen, auch weil sich die rechtlichen Rahmenbedingungen der Förderung erneuerbarer Energien änderten und es zu erwarten war, dass weniger Ökostrom aus dem Norden abtransportiert werden würde. Der Leitungsausbau galt bis dahin als politischer Konsens – auch Bayern hatte für entsprechende Gesetze im Bundesrat gestimmt –, weshalb die Reaktionen auf Seehofer sehr scharf ausfielen: es hagelte Kritik von allen Seiten. Doch welche planerischen Konsequenzen folgten diesem einseitigen Schritt der bayerischen Staatsregierung? Welche Folgen hatte diese Politisierung eines Implementationsprozesses? Die vorliegende Falldarstellung gibt nicht nur Antwort auf diese Fragen, sondern beleuchtet auch die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen sowie die Rolle der Übertragungsnetzbetreiber im Umsetzungsprozess der Energiewende und im Zusammenspiel mit dem Staat.